Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. . . Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. . . Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 172 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 Mk. durch die Boten 4,90, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 4,92 Mark. | **Halver** Samstag, den 26. Juli 1919. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **19. Jahrgang**

Bauer und Müller.

Ein früherer Gewerkschafts- und ein früherer Parteisekretär waren es, denen die Aufgabe zugefallen war, vor der deutschen Nationalversammlung die Wege zu weisen, die wir fortan zu wandeln haben, um den entsetzlichen Zusammenbruch unseres Staatslebens langsam zwar, aber doch mit einiger Sicherheit zu überwinden. Sie stehen, vor wenigen Monaten noch über ihren engeren Bekanntenkreis hinaus den meisten Deutschen völlig unbeschriebene Blätter, heute an der Spitze des deutschen Reiches, beladen mit einer Verantwortung, die zu tragen nur sehr kräftige, arbeitsgewohnte Schultern imstande sind. Seit Wochen schon sollten sie vor der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen, denn schließlich will man doch von neuen Männern wissen, wohin die Fahrt gehen soll. Sie mußten ihre Programmreden indessen immer wieder aufschieben, weil die Staatsmaschine jetzt doch nun einmal nur unter starken Hemmungen, äußeren wie inneren, zu arbeiten vermag. Jetzt haben sie endlich in sorgfältig vorbereiteten Erklärungen ihre politischen Bekenntnisse abgelegt, und man kann sich ungefähr vorstellen, was sie wollen.

Zweifellos haben wir es in dem Ministerpräsidenten Bauer wie in dem Außenminister Müller mit Persönlichkeiten zu tun, die nicht den Ehrgeiz besitzen, Staatsmänner im hergebrachten Sinne dieses Wortes zu sein. Sie verschmähen, gegenüber fremden Nationen ebenso wie gegenüber den von ihren nicht vertretenen Teile des deutschen Volkes, die Anwendung diplomatischer oder taktischer Künste, sondern reden gerade heraus, wie es ihnen ums Herz ist, und vertrauen darauf, durch die bloße Ehrlichkeit ihres Willens, durch die Offenheit ihres Wesens Gegnerschaften zu entwaffnen, an denen viele ihrer Vorgänger — je nachdem — ruhmvoll oder ruhmlos gescheitert sind. Wie schön wäre es, wenn die Welt sich dieses glaubensselige Beispiel zum Muster nehmen wollte! Aber selbst wenn wir nicht erst eben durch ein Meer von Haß und Blut gewatet wären, selbst wenn wir nicht im Innern noch fortgesetzt in bitterste Bruderkämpfe verstrickt wären, wer könnte den Mut haben an der Hoffnung festzuhalten, daß die Menschheit des 20. Jahrhunderts sich schon für so ideale Regierungsmethoden reif erweisen werde? Daß der Sozialismus ohne Ideale nicht leben kann, glauben wir schon; aber vorläufig ist er doch nur in Deutschland zur Herrschaft gekommen, und was rings um uns her vorgeht, ist doch nur zu sehr geeignet, ihn auch bei uns nicht etwa zu befestigen, sondern mehr und mehr unmöglich zu machen. Wenn wir uns trotzdem auf sozialistische und nur auf sozialistische Beglückungstheorien versteifen sollen, die lediglich in den Grundsätzen der Versöhnung, der Milde, der Verträglichkeit das Heil der Menschheit erblicken, werden wir in dieser sturm- und leidenschaftgepeitschten Gegenwart nicht vollends unter die Räder kommen? Zumal wenn mit der Abrüstung nach außen ein verschärfter Partei- und Klassenkampf im Innern Hand in Hand gehen soll, wie er nach dem sozialpolitischen Programm des Ministerpräsidenten unausbleiblich erscheint?

Die beiden Reden haben in der Nationalversammlung zunächst eine recht geteilte Aufnahme gefunden; an kräftigen Erwiderungen von rechts wie von links fehlt es nicht. Zur Arbeit aber ist die gegenwärtige Regierung jedenfalls fest entschlossen. Vielleicht daß sie mit diesem Rezept doch weiter kommt, als es dem Kabinett Scheidemann beschieden gewesen ist.

Dr. Sy.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Hindenburg und die Marine.** Der Chef der Admiralität, Konteradmiral v. Trotha, erhielt auf die Abschiedsworte an Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgende Antwort: „Für die Abschiedsworte der Marine meinen herzlichsten Dank. Möge sich auch für die Marine die Zukunft wieder lichtvoller gestalten!"

✚ **Vereinigung Koburgs mit Bayern.** Zu den Anschlußverhandlungen Koburgs an Bayern wird mitgeteilt, daß die Anschlußbedingungen Koburgs der bayerischen Regierung bereits überreicht und in den wesentlichsten Punkten vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages angenommen worden sind. Da man annimmt, daß die Volksabstimmung in Koburg mit großer Mehrheit sich für den Anschluß an Bayern aussprechen wird, könnte schon im September der Staatsvertrag unterzeichnet werden.

✚ **Abgelehntes Rücktrittsgesuch Haenischs.** Wie aus Kreisen der preußischen Landesversammlung mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Fraktion das vor etwa zwei Wochen von dem Kultusminister Haenisch eingereichte Rücktrittsgesuch nicht genehmigt, da sie nahezu einmütig den ablehnenden Standpunkt des Ministers gegenüber dem Schulkompromiß teilt.

✚ **Zur Heimkehr der Kriegsgefangenen.** Die deutsche Regierung hat Ministerpräsident Clemenceau erneut um baldige Mitteilung über Zusammensetzung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Clemenceau bereits am 26. Mai dieses Jahres versprochen habe, die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zwecke einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet ist. Der Friede sei unterzeichnet und bereits von Deutschland ratifiziert, aber immer noch warte die deutsche Regierung vergeblich auf die Bildung der erwähnten Kommission.

Polen.

✕ **Rücktritt des Gesamtkabinetts.** Der polnische Ministerrat hat beschlossen, die Demission des gesamten Kabinetts zu überreichen. Die Neubildung des Kabinetts werde sofort nach Rückkehr Paderewskis nach Warschau durchgeführt werden. Das polnische Parlament sprach nach der Debatte über die Arbeitslo[sigkeit] dem Minister für Schutz der Arbeit und für [Wohlfahrtsein]richtungen das Mißtrauen aus und lehnte ab[sodann] Handelsminister und Finanz[minister] daß Polen keine Kriegs[entschädigung] Gegenteil einige Mil[liarden] auszusprechen.

✕ **Die Schmach von** [Versailles]. reichische Gesandte in Deutschland, [Dr. Grü]zeichnet den Österreich zugemuteten Friedens[vertrag] mit folgenden Worten: „Es ist uns einfach unverständlich, aus welchem Grunde die Entente uns einen absolut undurchführbaren Vertrag auferlegen will. Hat sie die Absicht, aus uns eine Kolonie zu machen, so wird diese Kolonie nach einem Jahre ausgesogen und leistungsunfähig sein. Das ist keine Politik der Überlegung, sondern des blinden Hasses; von den 14 Punkten Wilsons ist ebenso wenig etwas zu verspüren wie überhaupt von Regungen des Rechtes und der Gerechtigkeit."

Frankreich.

✕ **Wieder eine Verzögerung der Ratifikation.** Der Abgeordnete Franklin Bouillon, Präsident des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Kammer, brachte im Friedensausschuß einen Antrag ein, die Regierung aufzufordern, alle Protokolle der Friedenskonferenz vorzulegen und die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verweigern, wenn der Ausschuß nicht Kenntnis aller Akten erhalte, die notwendig seien, um die Friedensklauseln und Handlungen der Regierung zu beurteilen.

✕ **Clemenceaus Sieg in der Kammer.** Nach erregten Debatten über die Wirtschaftspolitik der Regierung hat die Kammer mit 289 gegen 176 Stimmen der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen. Damit hat Clemenceau, wenn auch nicht gerade mit großer Mehrheit, über die Opposition gesiegt und bleibt vorläufig im Sattel.

Ungarn.

✕ **Vormarsch der Roten Armee gegen Rumänien.** Die ungarische Rote Armee hat die Theiß überschritten. Ungarische Meldungen stellen den Übergang als einen bedeutenden Anfangserfolg hin. Das Unternehmen wurde durch den niedrigen Wasserstand gefördert. Nach den ungarischen Meldungen war die Widerstandsfähigkeit der Rumänen nicht nennenswert. Der Vormarsch auf 185 Kilometer langer Linie geht unaufhaltsam vorwärts. Die Rumänen waren technisch nur sehr mangelhaft ausgerüstet. Ihre Verbände wiesen Zeichen der Zersetzung auf.

Tschecho-Slowakei.

✕ **Ein Militärputsch zugunsten Masaryks.** Tschechische Legionäre an der bayerischen Grenze verließen ihre Garnisonen, angeblich um nach Prag zu marschieren, dort die Nationalversammlung zu besetzen, die sozialistische Regierung zu stürzen und die Diktatur Masaryk aufzurichten. Es wurden ihnen Truppen entgegengeschickt, die sie dazu brachten, mit ihnen nach Pilsen zu ziehen, um dort zu verhandeln. Nach Prager Gerüchten kam es in Pilsen zu blutigen Zusammenstößen. Die Legionäre besetzten das Postamt. Nur die tschechische Presse darf darüber berichten.

Amerika.

✕ **Der Judenstaat in Palästina.** Die Zionistische Organisation von Amerika teilt mit, daß einerhalb bis zwei Millionen Juden von au[ßen] Teilen der Welt nach Palästina gehen werden. [Eine] Million aus Rußland kommen.

Aus In[land]

Fulda [Ver]trag [zu]

Dr. [Le]. [Ar]

London. Es [wur]en [Ar]in North-Nottinghamshire 10 000 [Berg]arbeiter.

Nur ein Mensch.

Roman von C. Gerhard.

(Nachdruck verboten.)

2

„Ein Tag der Ruhe erhöht oft die Arbeitskraft für den nächsten. Im übrigen hast du Natur und Menschen studiert, und ich bin sicher, daß dieses Studium nicht ergebnislos bleiben wird."

„Immerhin kann ich mich heute nicht mit dem frohen Bewußtsein zur Ruhe begeben, etwas geleistet zu haben, Meine Übersicht über die Tagesarbeit, die ich, folgend deinem Beispiele nach eures großen Dichters Rat, allabendlich anstelle, wird mich beschämen."

„Oh, du allzu Gewissenhafte! Laß dir den lieben, klugen Mund mit einem Kusse schließen und dann komm!"

Dem Wort folgte die Tat, und der Professor kam sich plötzlich sehr indiskret vor. Wie durfte er es wagen, zwei fremde junge Damen zu belauschen! Aber es war alles so natürlich gekommen, und außerdem verhehlte er es sich nicht, daß ihn die beiden Hausgenossinnen zu interessieren begannen.

Er hatte inzwischen eine Mappe mit Schweizer Ansichten geöffnet, aber so schön sie auch waren, sein Blick ruhte nur flüchtig auf ihnen.

Nach etwa einer halben Stunde ertönte die Glocke und der neue Gast sah sich bald einer aus etwa dreißig Personen zusammengesetzten Gesellschaft gegenüber, die zum größten Teil aus Deutschen bestand. Er selbst als Hinzugekommener erhielt den Platz zwischen Frau von Richthofen und einem älteren Fräulein von Werder, die sehr lebhaft und geistvoll sprach und ihn bald in eine Unterhaltung über Italien zog.

Trotzdem ließ er seine Augen umherschweifen und gewahrte am unteren Ende der Tafel die Freundinnen Jutta von Steinort und Hella Graveneck. Der Herr mit dem stark verschorenen Haar, welcher in ihrer Mitte saß, mußte zweifellos Mr. Humpyard sein, doch wenn er die schöne Jutta verehrte, so schien er vielleicht zu ungewandt, ihr dieses zu zeigen, und plauderte viel lebhafter mit der Livländerin, die ihn wegen seines mangelhaften Deutsch und noch mangelhafteren Französisch unbarmherzig neckte.

Hella war kaum hübsch zu nennen mit ihrem Stumpfnäschen und den unregelmäßigen Zügen, aber die kurz verschnittenen Haare hatten eine köstliche blauschwarze Farbe, und der Ausdruck des Gesichtes war in seinem häufigen Wechsel entschieden anziehend. Neben Jutta von Steinort saß ein junger deutscher Offizier in Zivil. Er sah ein wenig leidend aus und verhielt sich ziemlich schweigsam, doch in den auf seine Nachbarin gerichteten Augen brannte ein leidenschaftliches Feuer. Jutta schien dieses nicht zu bemerken und hatte überhaupt eine selten unbefangene Art, mit ihren beiden Verehrern zu verkehren. Besaß sie eine kühle Natur oder war es bisher noch niemand gelungen, verborgene Saiten ihres Wesens erklingen zu lassen?

Nach Tisch begab sich die Gesellschaft in den Gesellschaftsraum; jeder bewegte sich hier augenscheinlich ganz nach seinem Gefallen. Einige aufgestellte Kartentische wurden sofort besetzt, in einer lauschigen Ecke sammelte sich eine Gruppe Plaudernder, der sich Professor Jensen näherte, doch das etwas seichte Gespräch sagte ihm nicht zu. Trotz des lebhaften Stimmengeschwirrs hatte sich eine ältliche deutsche Lehrerin an den Flügel gesetzt und spielte mit hartem Anschlag und seelenlosem Vortrage ein Chopinsches Nokturno. Auch der darauf folgende Gesang des Amerikaners erregte weder Aufsehen, noch besänftigte er die Wogen des Gespräches.

Allerdings war Mr. Humpwards Stimme nicht besonders wohlklingend und er brachte das etwas abgesungene, aber beliebte Lied: „Lang, lang ist's her" im Tone einer Tanzweise zu Gehör.

Manfred Jensen versank in Grübeleien; er hatte in einer Fensternische ein Pärchen bemerkt. Das Mädchen war kaum dem Kindesalter entwachsen, goldenes Haar fiel gelöst über sein helles Kleid. Es lauschte mit geröteten Wangen den geflüsterten Worten eines schmalschultrigen, blassen Jünglings. Beide schauten sich mit strahlenden Augen an und er küßte verstohlen mit Inbrunst ihre Hand. Sie mochten von der Zukunft viel erwarten, ein gemeinsames Wandern über einen langen, blütenüberströmten Weg, und doch schien der Jüngling einem frühen Tod geweiht. Glückliche Kinder, welche die kommenden traurigen Tage, das Scheiden für immer nicht ahnten! Jensen dachte daran, wie auch er einst als Student ein blondes Lieb gehabt. Helene war seine Base gewesen, ein liebes, sanftes Mädchen; ein Jahr nach ihrem heimlichen Verlöbnis raffte sie der Tod dahin. Lang, lang ist's her. Ein Seufzer hob die Brust des Professors. Seit jener Zeit hatte er nie mehr einem Mädchen wärmeres Interesse geschenkt; er war von seinem Berufe zu sehr in Anspruch genommen worden und außerdem hatte er nur Dutzenderscheinungen getroffen.

Ein plötzliches Verstummen der plaudernden Stimmen und einige auf dem Flügel machtvoll angeschlagene Akkorde weckten ihn aus seiner Träumerei. Hella Graveneck saß am Instrument und neben ihr stand Jutta von Steinort ernst und blaß. Nun begann sie zu singen, und jene Stimme, die beim Sprechen so voll und weich geklungen, erfüllte den ganzen Raum jetzt mit unendlichem Wohllaut. Der Professor war nicht im eigentlichen Sinne musikalisch, das heißt, er konnte weder ein Instrument spielen, noch verstand er zu singen, aber was ihm von jenen keuschen Lippen entgegentönte, empfand er als etwas künstlerisch Vollendetes.

In Juttas Augen flammte ein tiefes, mächtiges Gefühl, das dem Antlitz einen ganz veränderten Ausdruck gab, als sie den Schluß des Lisztschen Mignonliedes sang: „Dahin will ich mit dir, mein Geliebter ziehen!" Weich wie ein Hauch entschwebte das letzte süße: „Dahin!" ihren Lippen.

Ich überschüttete Jutta mit Beifall; sie wehrte denselben ab, indem sie die Komposition rühmte, welche zur guten Wiedergabe zwänge, wie sie meinte. Hella verabredete inzwischen mit mehreren ihrer Bekannten für den nächsten Vormittag einen Spaziergang nach Glion.

„Nun, ihr junges Volk, mögt steigen; ich fahre hinauf", sagte Fräulein von Werder, gewiß finde ich noch Gefährten. „Sie aber, Herr Professor", wandte sie sich an den Schweigsamen, „sollten sich den Spaziergängern anschließen. Es ist ein lohnender und wenig anstrengender Weg."

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

(65. Sitzung.) CB. Weimar, 24. Juli.

Das Haus tritt in die Beratung der Interpellation Arnstadt (deutsch-natl.) und Heinze (D. Vp.) und Genossen über die Planwirtschaft ein.

Die Interpellanten fragen an, ob die Reichsregierung die in einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums niedergelegte Absicht der Verewigung der gebundenen Wirtschaft unter staatlicher Aufsicht (Planwirtschaft) zu der ihrigen machen will.

Abg. Witthoefft (D. Vp.) begründet die Interpellation. Der Ministerpräsident habe zwar gestern mitgeteilt, daß die Regierung auf die Planwirtschaft verzichte, aber wir leben in der Zeit der Zufälligkeiten, was heute so ist, kann morgen anders sein. Die Planwirtschaft hätte nicht nur die Knebelung unseres Wirtschaftslebens bedeutet, sondern völlig im Gegensatz zu der erwünschten Sparsamkeit unseren Beamtenapparat in nicht auszumalendem Verhältnis ausgedehnt und die unerwünschte Abhängigkeit von Berlin noch gesteigert. Wir verlangen ferner die schleunige Beseitigung der Außenhandelsstellen. Der freie Handel ist ein gut funktionierender Regulator der Preisverhältnisse. Er wird den Preiswucher verhindern und unsere Valuta verbessern. Erfreulich ist die Beseitigung der Devisenordnung. Was unser Staat braucht, ist eine disziplinierte Truppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Arbeit, durch die allein wir wieder hochkommen, gesunde Finanzen und Sparsamkeit, gerechte Steuern, freie Entfaltung der gesamten Wirtschaft, Zwangsbestimmungen nur noch für Brot und Fleisch, Aufhebung aller Kriegs- und Zwangsgesellschaften, Sozialisierung mit Maß, Schutz den Auslandsdeutschen. (Beifall rechts.)

Die Regierung zur Wirtschaftspolitik.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Über die Planwirtschaft und die Stellung, die sie dazu einnimmt, hat die Regierung bereits Erklärungen abgegeben. Die Blockade, die dreiviertel Jahre über den Waffenstillstand hinaus dauerte, hat uns neue unerwartete Opfer und Lasten auferlegt. Dennoch sind unsere Aussichten nicht allzu ungünstig; unser Boden, die Bergwerke und die Verkehrsstraßen können bald wieder leistungsfähig gemacht werden, sobald nur erst wieder die Arbeit einsetzt. Die deutsche Arbeiterschaft wird, so vertraue ich, das Nötige tun. Das Reichswirtschaftsamt wird versuchen, die Interessenkonflikte und Gegensätze, die entstehen müssen, auszugleichen. Ein starres System kann es nicht aufstellen, sondern muß nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien verfahren. Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das Gesamtinteresse es einigermaßen zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausfuhr unbeschränkt zu gestatten, geht bei der gegenwärtigen Preislage und dem Stande der Valuta nicht an. Ganz frei kann die Einfuhr für Fertigfabrikate nicht werden, denn deren Konkurrenz würde unsere eigene Industrie in ihrem Leben gefährden. Die Regierung muß in einzelnen Fällen die Verantwortung übernehmen, wie die Preise geregelt werden sollen. Unsere wichtigste Aufgabe bleibt die Hebung der Kohlenproduktion. Die zweite wichtige Aufgabe heißt die Neuordnung des Güterverkehrs. Das kapitalistische Privatinteresse ist nicht ganz auszuschalten, sondern mit dem Interesse der Gesamtheit in einer fiskalischen Verwaltung zu verbinden. Der Nutzen der Unternehmung soll der Allgemeinheit zugeführt werden.

Landarbeiterstreik.

Es folgen die Interpellationen Dr. Heinze und Genossen (D. Vp.) und Arnstadt und Genossen (Deutschnatl.) betreffend den Landarbeiterstreik. Die Interpellation Dr. Heinze und Genossen (D. Vp.) begründet Abg. Dusche (D. Vp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beigelegt, aber er kann jeden Tag wieder neu ausbrechen. Verbrecherische Agitatoren sind im Lande tätig, um mit russischem Gelde die Landarbeiter zu neuen Streiks aufzuhetzen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Reichsregierung und vor allem der preußische Landwirtschaftsminister schon längst Vorbeugungsmaßregeln treffen müssen. Aber nichts ist geschehen. Die Regierung aber hat die Pflicht, in diesen hochwichtigen Fragen endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermißt haben.

Abg. Behrens (Deutschnat. Vp.): Die Not, die aus einem Landarbeiterstreik für die Landwirtschaft entstehen müßte, wäre die Not des ganzen Volkes. Wir stehen erst im Anfang der Ernte und müssen unter allen Umständen die Ordnung auf dem Lande aufrecht erhalten, sonst bedroht uns der Hungertod. Wir verlangen deshalb von der Regierung Ermöglichung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturallöhne auszuzahlen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens, Ausbau der Spruchkammern der Schlichtungsausschüsse, Vertragsprüfungsstellen, Landarbeitsgerichte ähnlich den Gewerbegerichten, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der das freie Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer behindert.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Wer trägt denn die Schuld daran, wenn die Landarbeiter sich verhetzenden Agitatoren, soweit solche vorhanden sind, zugänglich zeigen? Das sind diejenigen, die in früheren Jahren es verhindert haben, daß der Landarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren und politisch aufklären konnte. Der Widerstand, der von vielen Arbeitgebern dem Erlaß der Landarbeitsordnung entgegengesetzt worden ist und die vielfach sehr wenig einwandfreie Art, wie seitens der Arbeitgeber der Abschluß von Tarifverträgen betrieben worden ist, hat mit Recht viel Unzufriedenheit erzeugt. Jeder von uns wird den Ausbruch von Landarbeiterstreiks auf das Tiefste bedauern. Aber es darf doch auch nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der rücksichtslosen Ausnutzung der Konjunktur ihren Arbeitern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. (Sehr richtig links.) An

Vorbeugungsmaßregeln

ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterordnung noch folgendes geschehen bezw. in Aussicht genommen: es ist ein Erlaß herausgegeben worden, der den wilden Kündigungen der Landarbeiter vorbeugen soll; es sind Beratungen im Gange zum Ausbau der Befestigung des Tarifwesens, insbesondere in der Richtung, daß in bezug auf Lohn und Deputat sowie Arbeitszeit klare Bestimmungen getroffen und Prüfungsstellen und Schlichtungsinstanzen eingesetzt werden; endlich sind Verhandlungen im Gange, inwieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur seitens der Arbeitnehmer, vor allen Dingen auch seitens der Arbeitgeber. (Sehr richtig! bei den Soz.) Strafbestimmungen über die Bestrafung des Vertragsbruches hinaus, wie sie von der Rechten gewünscht werden (Widerspruch rechts), kann ich nicht in Aussicht stellen.

Die Ausführungen des Reichsarbeitsministers fanden zum Teil auf der rechten Seite des Hauses sehr heftigen Widerspruch. Die Aussprache über die Interpellation wird mit der über das Regierungsprogramm verbunden. Als erster Redner kam für die Mehrheitssozialisten der Abg. Kraetzig zu Wort. Nach seiner Rede wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Das Duell Helfferich—Erzberger.

Der Kampf zwischen dem ehemaligen Staatssekretär Helfferich und dem Reichsfinanzminister Erzberger geht mit aller Schärfe weiter. Der Erwiderung Erzbergers begegnet Helfferich mit neuen Angriffen, in denen er daran erinnert, daß Erzberger zu Beginn des Krieges höchst annektionistisch gesinnt gewesen sei und für Deutschland sogar den Besitz der der britischen und normannischen Küste vorgelagerten Inseln gefordert habe. „Eine Forderung," sagt Helfferich, „die meines Wissens von allen Annektionisten nur Herr Erzberger gestellt hat, und diese natürlich ganz außer Zusammenhang mit den an der normannischen Küste gelegenen Erzfeldern des Thyssen-Konzerns." Helfferich erhebt noch eine weitere Reihe von Vorwürfen gegen Erzberger und sagt zum Schluß seiner Ausführungen: „Wenn Herr Erzberger am Schlusse seiner Ausführungen glaubt, einen Gegenschlag führen zu können, indem er mich als den „Exponenten jener verhängnisvollen Politik, die eine geradlinige Politik gegenüber Belgien zu hintertreiben wußte und als denjenigen hinstellt, unter dessen Agide die „schwerindustriellen Aspirationen auf Belgien organisiert worden seien", so bezeichne ich diese Behauptung erstens als eine gemeine Lüge; Herr Erzberger kann und muß wissen, daß gerade ich, soweit meine Macht reichte, gegenüber solchen Bestrebungen, die über das Ziel hinausschossen, wie z. B. die Erzbergerschen während der ersten Zeit des Krieges, Widerstand geleistet habe und für das richtige Maß zu sorgen bemüht war. Die Behauptung bezeichne ich zweitens angesichts der Bestimmungen des Erzberger-Friedens über die Auslieferung deutscher Reichsangehöriger als eine gemeine Denunziation meiner Person an die Adresse der Entente. Da Herr Erzberger außerhalb der ihm Immunität sichernden Nationalversammlung nicht mit offenem Visier hervortrat, sondern sich in dem offiziösem Blatt, das gezwungen ist, sich ihm zur Verfügung zu stellen, lediglich als „besondere Seite" zeichnet, ich auch keine Lust habe, gegen einen sachlich unbeteiligten Redakteur vorzugehen, bleibt mir nichts übrig, als dem Urheber dieser gemeinen Lüge und gemeinen Denunziation öffentlich meine Verachtung auszusprechen."

Anklage des Grafen Wedel gegen Erzberger.

Unser ehemaliger Botschafter in Wien, Graf Wedel, kritisiert gleichzeitig die diplomatische Tätigkeit Erzbergers in Wien und am dortigen Kaiserhofe während des Krieges und erhebt auch seinerseits schwere Vorwürfe gegen den jetzigen Reichsfinanzminister. Im Mittelpunkt der Wedelschen Ausführungen steht ein Geheimbericht des damaligen österreichischen Außenministers Grafen Czernin. Dieser Geheimbericht behandelt die bedenklichen innerpolitischen Zustände in der Donaumonarchie im Jahre 1917, die einen Zusammenbruch befürchten ließen. Auf Grund dieser Denkschrift machten Kaiser Karl und Czernin bei einem Besuch in Homburg den Vorschlag, Deutschland solle Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten. Österreich sei zu Gebietsabtretungen bereit und wolle das ohnehin verlorene Galizien zu Polen schlagen, Polen mit Galizien der deutschen Interessensphäre überlassen.

Graf Wedel behauptet nun weiter, Beweise dafür zu haben, daß Erzberger Kenntnis von der Denkschrift Czernins erhalten habe und mit seiner Kenntnis nicht vorsichtig genug verfahren sei, sodaß das Geheimnis seinen Weg nach Paris gefunden habe. Wörtlich sagt Wedel dazu folgendes:

„Wenn man den Inhalt des Berichtes ins Auge faßt, so kann man sich den Eindruck vorstellen, den er bei der Entente machte. Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner Siegeszuversicht infolge der Wirkung des U-Boot-Krieges wankend geworden und Verständigungsgedanken nicht ganz unzugänglich gewesen sei. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit den italienischen Kollegen die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Die geplante Reise sei aufgegeben worden, weil durch das Eintreffen österreichischer Nachrichten die Lage sich geändert habe. Der Diplomat hat auch verraten, daß der Immediatbericht Czernins in Paris bekannt wurde und in den amtlichen Kreisen großes Aufsehen erregte. Man habe danach geglaubt, daß Österreich, vielleicht auch Deutschland, nahe vor dem inneren Zusammenbruch ständen. Man habe geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben und habe dementsprechend den Verständigungsgedanken definitiv fallen gelassen."

Der Graf Wedel schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Ferner hat mir Graf Czernin schriftlich mitgeteilt, als er später den Gebrauch des Immediatberichts erfuhr, den Herr Erzberger für nützlich befand, habe er, Czernin, Herrn Erzberger veranlaßt, nach Wien zu kommen, um von ihm Rechenschaft wegen der indiskreten Verwertung seines Geheimberichts zu verlangen. Auf die Folgen aufmerksam gemacht, sei Herr Erzberger sehr erschüttert gewesen und habe seine schweren Fehler eingesehen. Ein einwandfreies Zeugnis von anderer Seite und beweiskräftige Dokumente seien für die Affäre vorhanden."

*

Parteistimmen.

Die deutschnationale Deutsche Tageszeitung druckt den Angriff Helfferichs ab und fügt hinzu:

Damit ist nun wohl der Gipfel dessen erreicht, was an schwerem, persönlichem Angriff denkbar ist. Sollte Herr Erzberger auch darauf nicht in der einzig möglichen Weise reagieren, so hätte er allerdings das Menschenmögliche geleistet, in dem „neuen Deutschland" rumänische Zustände zu schaffen. Niemand von den Angehörigen der derzeitigen Mehrheitsparteien hätte dann das Recht, noch einmal ein absprechendes Wort über den parlamentarischen Sumpf irgend eines Staates fünften Ranges zu sagen.

Die demokratische Berl. Volks-Ztg. schreibt zu dem scharfen Angriff Helfferichs:

Herr Erzberger dünkt uns nicht das Ideal eines deutschen Ministers. Sein Geschäftssinn geht manchmal reichlich weit, ob über die erlaubten Grenzen, hat auch Helfferich nicht nachgewiesen. .... Erzberger hat viele Feinde. Viele sind darunter, denen es nicht paßt, daß er versucht, wirklich etwas zu leisten. Wer unvoreingenommen ist, wird es jedoch mit Interesse verfolgen, wie dieser Mann, dessen heller Kopf zuerst mit den U-Boot-Schwindel durchschaut hat, jetzt bestrebt ist, mit Tatkraft an die schier verzweifelt scheinende Aufgabe der Sanierung unserer Finanzen zu schreiten.

Die sozialdemokratische Presse verhält sich reserviert. Doch geht aus ihr hervor, daß sie Helfferich weniger liebe als Erzberger.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Leder.

Freie Ein- und Ausfuhr von Schuhen.

Weimar, 24. Juli.

Der Volkswirtschaftsausschuß der N. V. hat einen Beschluß gefaßt, die Zwangswirtschaft in Leder sofort aufzuheben. Es soll nur noch eine gewisse Kontrolle über Ein- und Ausfuhr für eine Zeitlang bestehen bleiben.

Noch am Tage vorher ließ die zuständige Reichsstelle erklären, daß die Bedarfsscheinpflicht für Schuhe bestehen bleibe. Diese Anordnung wird nun infolge des Ausschußbeschlusses aufgehoben werden müssen. Nach einem weiteren Beschluß des Ausschusses sind die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen usw. an die bisherigen Bezugsberechtigten öffentlich zu verkaufen. Der daraus erzielte Gewinn ist zu billigerer Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhzeug zu verwenden, die noch im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen aber zur Verteilung an das Handwerk bestimmten Ledermengen sind zu bisherigen Höchstpreisen zu verteilen. Die an der Lederzwangsverteilung beteiligten Wirtschaftskreise haben von dem sich ergebenden Konjunkturgewinn 60 % zur Verbilligung des Schuhzeugs der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen.

Revolution in Kroatien.

„Los von Serbien!"

Über Ungarn kommen Meldungen von einem allgemeinen Aufstand in den kroatischen Gebieten, der sich gegen die serbische Herrschaft richtet. In Budapest spricht man dem Aufstand bolschewistische Tendenzen zu. Bei Egerszeg sollen kroatische Soldaten die Demarkationslinie überschritten und gemeinsam mit den ungarischen roten Soldaten die Räterepublik und die Diktatur des Proletariats gefordert haben.

Das Heer ist in Auflösung begriffen, jede Disziplin hat aufgehört, die Soldaten verlassen ihre Truppen. Die Offiziere und Unteroffiziere haben ihre Dienstabzeichen heruntergerissen. In Warasdin und Agram kam es zu großen Unruhen, die noch fortdauern. Von Zsekathurn nach dem Süden hin ruht jeder Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephonverkehr.

Das durch die Entente neugeschaffene jugo-slawische Staatsgebilde scheint in voller Auflösung begriffen. Man sucht die kroatischen Revolutionäre durch serbisches Militär, das überall zusammengezogen wird, niederzuhalten. In mehreren Orten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß die kroatischen Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen.

Militärrevolte in Marburg.

Die Grazer Blätter berichten über eine Militärrevolte eines großen Teiles der südslawischen Garnison von Marburg, die unter Rufen „Los von Serbien!" ihre Unzufriedenheit mit dem serbischen Regime und ihre Erbitterung über die zwangsweisen Einrückungen ausdrückte. Zurückzuführen sei die Revolte auf eine von slowenischen und kroatischen Soldaten zahlreich besuchte sozialdemokratische Versammlung, in der ein Redner unter allgemeiner Zustimmung für die republikanische Staatsform Südslawiens eintrat. Zahlreiche Versammlungsteilnehmer wurden verhaftet, wodurch der langverhaltene Unmut der slowenischen und kroatischen Soldaten zum Ausbruch kam. Am Dienstag abend kam es zu erbitterten Kämpfen, die andauern. Der Kampf forderte mehr als 100 Tote und 200 Verwundete. Schließlich wurden die Serben von den Kroaten aus der Stadt verdrängt. Danach trat Ruhe ein.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 26. Juli

□ **Der Titel „Frau" — ein Kinderschutz.** Die Deutsche Nationalversammlung hat, wie man weiß, dieser Tage den seiner sozialen Bedeutung wegen sehr bemerkenswerten Beschluß gefaßt, den Müttern unehelicher Kinder fortan auch im amtlichen Verkehr den Titel „Frau" zuzugestehen. Die geringe Mehrheit bei der Abstimmung zeigte, daß das Zugeständnis nicht von allen Parteien mit gleicher Freudigkeit gemacht wurde. Aber schließlich hat eine ledige Mutter für den Betrug, den die Jugend oder die Liebe an ihren Gefühlen begangen hat, so viel Kummer und Sorgen zu tragen, daß man ihr den Kampf ums Leben in dieser grausamen Zeit schon erleichtern darf. Im Vordergrund aller Erwägungen steht der Gedanke an das uneheliche Kind, das das unschuldige Opfer seiner Geburt ist. Sie haftet ihm als Makel und Vorwurf in der Schule, in der Lehre, unter Kameraden und in der Gesellschaft an. Sie vergiftet sein ganzes Leben und seine Tätigkeit und lähmt seine Erfolge. Und sicherlich ist es ebenso unsinnig wie grausam, dem Kinde aus dieser seiner unglücklichen Herkunft einen Vorwurf zu machen. Die Gehässigkeit der Menschen gegeneinander ist leider häufig geradezu auf der Suche nach einer Gelegenheit zum Schimpf. Aus diesem Grunde werden es viele begrüßen, daß man ihre Mutter nicht mehr Fräulein nennt. Dieser Kinderschutz auf allen Gebieten ist ein gesunder Zug unserer Zeit. Wir alle fühlen das natürliche Bedürfnis, dem kommenden Geschlecht, dem man die Kinderstube genommen hat, das so schwer leidet und die Lebensfreude noch nicht kennen gelernt hat, nachträglich einen Tribut möglichster Fürsorge zu entrichten. In vieler Beziehung ist man dazu noch gar nicht imstande. Statt Elternhaus und Pflege gibt es noch die öffentliche Speisung und ein ewiges Stöhnen und Leiden, dessen Anblick unsere Kinder so verhängnisvoll altklug und ernst macht. Man hat keine Schule und Kinder für sie, oft nicht einmal die Luft für die Erholung, aber wenigstens den guten Willen, sie in der Gesetzgebung vorauszustellen und auf ihr Wohl bedacht zu sein. Ein Teil dieser guten Absichten wurde durch den Beschluß der Deutschen Nationalversammlung verwirklicht. Der Titel Frau für ledige Mütter ist auch eine Art Kinderschutz, ein Geschenk für unglückliche Kinder.

—* **Straßenwärterkonferenz für die Provinz Westfalen.** Die Provinzial- und Landstraßenwärter haben sich in den letzten Wochen und Monaten fast restlos dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, Abtlg. Straßenwärter als Mitglieder angeschlossen. Um die Oeffentlichkeit von den Verhältnissen im Straßenwärterberuf zu unterrichten, hatte der Zentralverband die erste Straßenwärter-Konferenz für die Provinz Westfalen auf Sonntag, den 20. Juli nach Münster einberufen. An Vorträgen wurden u. a. gehalten: Die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Stellung der Provinzial- und Landstraßenwärter in der heutigen Zeit; — Der 8 Stundentag im Straßenwärterberuf; Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Straßenwärter; Die Aufgaben der Arbeiterausschüsse und das Rätewesen. Die Konferenz war von rund 50 Delegierten aus den neun Landesbauämtern und einer großen Anzahl Kreisen besucht und als Endergebnis wurde eine Entschließung einstimmig angenommen. In der lebhaften Aussprache wurde die Maßnahme mancher Kreisausschüsse scharf gerügt und kritisiert. Nach 5stündiger Verhandlung wurde beschlossen, am Montag, den 21. Juli eine Verhandlungskommission zum Herrn Landeshauptmann bezw. dessen Vertreter zu entsenden. Die Unterhändler, die Straßenwärter Anthe, Hallenberg, Kranefeld, Halver, Röttger, Dinschede, Werner, Bochum, haben eine 1½ stündige Verhandlung mit Herrn Geh. Baurat Waldeck geführt. Herr Baurat Waldeck hat, daß der Zentralverband der Provinzialverwaltung einen Tarifvertrag einreichen solle, wodurch die Verhältnisse der Straßenwärter neu geregelt werden sollten.

× **Halver,** 26. Juli. Hierdurch möchten wir nochmals empfehlend auf das heute abend 8 Uhr im „Haus zur Fuhr" stattfindende volkstümliche Symphonie-Konzert hinzuweisen.

+ **Schalksmühle,** 26. Juli. Am 31. ds. Mts. nachmittags 5 Uhr findet in Schalksmühle im Hotel Müller eine Sitzung des Mieteinigungsamtes statt. Es ist zulässig, daß eine Streitsache durch mündlichen Vortrag

der Parteien ohne schriftliche Vorbereitung zur Verhandlung gebracht wird.

* **Kierspe,** 24. Juli. In der Schöffengerichtssitzung in Meinerzhagen am 21. Juli wurden verschiedene Landwirte des hiesigen Amtsbezirks wegen Verkauf von Vieh ohne behördliche Erlaubnis empfindlich bestraft. Es erhielten ein Landwirt und ein Bankdirektor aus Herne wegen gemeinschaftlichen Verkauf eines Zugochsens ohne Ankaufsschein je 1000 Mark Geldstrafe. Wegen desgleichen Vergehens wurden ein Landwirt zu 600 Mark und ein anderer mit 1000 Mark bestraft. In einem weiteren Falle hatten zwei Landwirte zwei Kälber ohne behördliche Genehmigung gekauft bezw. verkauft. Das Urteil lautete auf 300 Mark bezw. 750 Mark Geldstrafe. Auf einen gefälschten Ankaufschein hatte ein Landwirt seinen Zugochsen abgegeben. Der Angeklagte kam mit einer Buße von 100 Mark davon. Desgleichen erhielt ein Landwirt wegen Verkaufs eines Stück Vieh ohne Erlaubnis 350 Mark Geldstrafe.

Meinerzhagen, 24. Juli. Die Viehdiebstähle haben sich im hiesigen Amtsbezirk in letzter Zeit wiederholt. In vergangener Nacht wurde der Ehefrau des in Kriegsgefangenschaft befindlichen Landwirts Carl Ruhe in Wilkenberg ein Bulle von der Fettweide gestohlen. Die Täter sind bisher noch nicht ermittelt.

Haspe, 25. Juli. Die Eingemeindungsfrage fängt an, hier ihre Wellen zu werfen. Das Für und Wider des Anschlusses an Hagen wird in der Presse erörtert, auch sollen Volksversammlungen stattfinden. Weite Kreise sind damit nicht einverstanden, daß die vorbereitende Kommission bindende Beschlüsse faßt und daß das Stadtverordneten-Kollegium über die Frage entscheiden soll, es wird die Volksabstimmung angeregt.

Hattingen, 25. Juli. Hier ist die Mundfäule epidemisch ausgebrochen. Die Aerzte glauben, das der Genuß von verdorbenem amerik. Speck sie hervorgerufen habe.

Bochum, 25. Juli. Auch der Humor lebt noch in unserer Zeit. In der letzten Stadtverordnetensitzung leistete sich ein Bürgervertreter ein Stückchen davon. Er, den eine leuchtende Glatze ziert, rief bei einer grimmigen Rede emphatisch: als ich die Mißstände im Wohnungswesen erfuhr, sträubten sich mir die Haare auf dem Kopfe. — Die Heiterkeit im Kollegium war nicht gering.

Bochum, 25. Juli. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats des kommunalen Elektrizitätswerks Westfalen, Landrat Gerstein, machte in einer Versammlung von Vertretern der an dem Elektrizitätswerk Westfalen beteiligten Kommunen die Mitteilung, daß die Absicht bestehe, das Elektrizitätswerk Westfalen mit der Rh.-W. Elektriziäts-Gesellschaft zu vereinigen. Als Grund der Fusion wird der Kohlenmangel angegeben, der es den Werken unmöglich mache, die volle Elektrizitätserzeugung vorzunehmen.

Recklinghausen-Süd, 25. Juli. Die hier ansässigen Polen leisteten sich den Gipfel der Unverschämtheit, indem sie hier, mitten in Deutschland, ein großes Fest zur Feier der Wiederherstellung des Königreichs Polen feierten, das aus dem länderbestohlenen Deutschland sich zum großen Teil zusammensetzt.

Nah und Fern.

o **Die nächste Volkszählung** findet nunmehr am 8. Oktober d. Js. statt. Die Zählung wird in ähnlicher Weise wie im Jahre 1917 durchgeführt werden. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltungsliste auszufüllen, in welcher alle in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1919 in der Haushaltung anwesenden Personen und in einem besonderen Abschnitt auch alle vorübergehend abwesenden Personen einzutragen sind. Die Zählung soll in erster Linie die Unterlage für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel bieten. Für die bei der Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren.

o **Sonderzuweisungen für Kriegsgefangene.** Die heimkehrenden Kriegsgefangenen erhalten nach einer Bestimmung des Reichsernährungsministers Sonderzuweisungen von Lebensmitteln. Neben den allgemeinen Rationen werden sie auf die Dauer von vorläufig sechs Wochen wöchentlich 1 Pfund Brot, 50 Gramm Fett, 250 Gramm Hülsenfrüchte und 125 Gramm Auslandsspeck oder Konservenfleisch erhalten.

o **Plünderungen.** In Zoppot stürmten etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen mehrere Lebensmittel- und Delikatessengeschäfte und plünderten sie unter Mitnahme der geraubten Vorräte aus. Viele Lebensmittel wurden vernichtet.

o **Brillanten im Werte von einer halben Million gestohlen.** Für eine halbe Million Brillanten und andere Wertsachen erbeuteten Einbrecher bei dem Rentner Henges zu Zeuthen. Während dessen Abwesenheit drangen die Einbrecher, nach der Art ihrer Arbeit gewerbsmäßige Geldschrankknacker, in seine Wohnung ein und erbrachen das Geldspind. Sie raubten seinen gesamten Inhalt und verschwanden mit der reichen Beute ungesehen.

o **Nahrungsmangel in Frankreich.** Die Versorgung Frankreichs mit Getreide ist nach dem „Matin" nur noch bis zum 31. August sichergestellt. Es müssen mindestens 3 540 000 Doppelzentner Getreide im Auslande angekauft werden, um bis zur neuen Ernte durchkommen zu können. Die neue Ernte droht sehr schlecht auszufallen. Die Frage der Fleischversorgung liegt ebenso ungünstig.

Die Technik der Kasseneinbrecher.

(Zeitgemäße Plauderei.)

Wie aus den zahlreichen Polizeiberichten zu ersehen ist, vergeht fast kein Tag, ohne daß in dieser oder jener Stadt eine oder mehrere Kassen erbrochen und sehr namhafte Beträge und Wertgegenstände gestohlen werden. Der Kasseneinbruch ist in letzter Zeit eine Spezialität der gewiegten Einbrecher geworden, da er in der Regel einträglicher ist als jeder andere Einbruch, obwohl ja auch der Raub von Wäsche, Kleidern, Pelzen usw. für die Herren Gauner gewiß kein zu verachtendes Geschäft ist.

Die routinierten Kasseneinbrecher, die nach wohlvorbereiteten Plänen in Amtslokalen, Geschäftsbureaus oder Wohnungen reicher Leute sich mit erstaunlicher Fachkenntnis an die Öffnung der sogenannten einbruch- und feuersicheren Kassen machen, beweisen die höchste Vollendung der Kasseneinbrüche. Angesichts des Umstandes, daß selbst große Kassen und Geldschränke leicht erbrochen wurden, ist vielfach die Meinung verbreitet, daß es überhaupt keine absolut einbruchsicheren Kassen und Schränke gibt, wenn man von den eingemauerten Stahlpanzerkassen der Banken absieht. Dies trifft jedoch, wie uns der technische Leiter einer der größten Geldschrankfabriken mitteilt, nicht zu. Fachmännische Besichtigungen der erbrochenen Kassen haben nämlich fast stets gezeigt, daß es sich um Kassen veralteter Konstruktion handelte, die mit primitiven Werkzeugen und verhältnismäßig wenig Mühe erbrochen werden konnten. Derartige Kassen werden zumeist auf die Weise geöffnet, daß der Einbrecher das Kassenschloß anbohrt, den Schloßriegel zurücktreibt und dann die Tür aufmacht! Um dies zu verhindern, wurden seitens der Geldschrankfabrikanten die Schlösser in ihrem ganzen Umfange mit einer gehärteten, unbohrbaren Stahlplatte versehen. Dieser Schloßschutz genügte eine Zeitlang, bis die Herren Einbrecher durch ihre geniale Erfindung einer scherenartigen Hebelbrechzange den Stahlpanzer umgingen. Infolge der Hebelwirkung des Instruments konnten sie mit geringer Anstrengung abseits vom Schloßumfang ein Stück aus der Kassenwand herausreißen und bequem den Inhalt der auf diese Weise geöffneten Kasse erfassen.

Dieser Fortschritt der Einbrechertechnik wurde von den Fabrikanten dadurch wettgemacht, daß sie die Kassenwände bedeutend verstärkten, um das Anbohren und Aufreißen unmöglich zu machen. Außerdem wurden die Wände nach allen Seiten mit unbohrbaren Panzerplatten geschützt. Diesen gepanzerten Kassen standen die Einbrecher lange Zeit machtlos gegenüber. Erst in neuerer Zeit wurde ihnen durch die Erfindung des Termits und des Sauerstoffgebläses ein Mittel in die Hand gegeben, auch stärkere Kassen erfolgreich anzugreifen. Es sollen natürlich hier nicht die Einzelheiten der Einbrechertechnik geschildert werden. Tatsache aber ist, daß in dem ständigen Kampf zwischen den sich aller Hilfsmittel bedienenden Geldschrankknackern und den Geldschranktechnikern die letzteren durch die Erfindung der schmelz- und schmiedeeisernen Kassenpanzerung gegenwärtig wieder die Oberhand gewonnen haben. Daß alte Kassen und Geldschränke im Hinblick auf die modernsten Mittel, deren sich die Einbrecher von heute bedienen, nicht viel sicherer sind als irgendein schwerer, fester Kasten, ist klar. Moderne Panzerkassen sind auf keinen Fall mit gewöhnlichen Bohrern, Meißeln, Stemm- und Brecheisen zu öffnen und auch das Sauerstoffgebläse wird durch die aus einer steinartigen Masse bestehenden feuer- und schneidebrennsichere Armierung, die zwischen dem äußeren und inneren Kassenmantel eingefügt und beliebig verstärkt werden kann, unwirksam gemacht. Ein Einbruchsversuch an einer derart stark armierten Kasse würde nicht nur ungewöhnlich große Vorbereitungen voraussetzen, sondern auch ganz enorme Mengen von Sauerstoff beanspruchen. Diese Umstände allein lassen daher die Öffnung einer schmelz- und schneidebrennsicheren Stahlpanzerkasse unmöglich erscheinen. Sagen die Techniker!

Man wird nun abwarten müssen, ob die Einbrecher nicht auch diese hochmoderne Art von Kassen und Geldschränken, die den neuesten Triumph der Kassentechniker darstellt, bezwingen. Bei dem Fleiß, mit dem sie alle technischen Hilfsmittel und die einschlägigen wissenschaftlichen Werke studieren, wird man sich nicht wundern dürfen, wenn sie den Beweis, daß es tatsächlich keine absolut einbruchsicheren Kassen gibt, nicht allzu lange schuldig bleiben.

S.

Eingesandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

Zur Arbeiterratswahl!

Schon wieder eine Wahl am kommenden Sonntag. Zwar hat sie nicht die Bedeutung einer Wahl zur Nationalversammlung oder einer Gemeinderatswahl, immerhin wird sie manchem Interesse bei der Bürgerschaft wie überhaupt bei den Eingesessenen der Gemeinde Halver begegnen. Wie aus der amtlichen Veröffentlichung bekannt ist, wurden 4 Listen aufgestellt, wovon die Mehrzahl parteipolitisches Gepräge trägt. Von dem Grundsatze ausgehend, daß Parteipolitik nicht in den Arbeiterrat hineingehört, haben es die Privat-Angestellten vorgezogen, eine eigene Liste aufzustellen und Männer an die Spitze zu stellen, von denen es bekannt ist, daß ihnen das Allgemeinwohl in erster Linie am Herzen liegt. Und so muß es auch — ganz besonders in heutiger Zeit — sein. Es wäre deshalb mit Freude zu begrüßen, wenn die Liste der Privat-Angestellten bei der Bürgerschaft allgemeinen Anklang finden sollte, umsomehr als durchaus unparteiische Vertretung der Interessen der Gesamtheit durch die an der Spitze der Liste stehenden Kandidaten gewährleistet ist.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Neuer Metallarbeiterstreik in Sicht!

Entlassung von 10 000 Arbeitern bei Siemens.

Berlin, 24. Juli.

Die Lage in der Metallindustrie ist erneut sehr gespannt geworden. So hat die Firma Siemens heute 10 000 Arbeiter ohne Kündigung entlassen, weil sie der Aufforderung zur Aufgabe ihrer passiven Resistenz wegen der vorhergegangenen Entlassung von 41 Vertrauensleuten nicht Folge geleistet haben. Es besteht die Gefahr, daß ein allgemeiner Streik in der Metallindustrie die Folge sein wird. Auch wollen die Metallarbeiter erhöhte Lohnforderungen anmelden. Es scheint, daß die Angestellten mit den Arbeitern sympathisieren. Der Siemenskonzern umfaßt allein etwa 35 000 Arbeiter.

TU **Berlin,** 25. Juli. Reichsarbeitsminister Schlicke hat eine Vermittlungsaktion in dem Konflikt beim Siemenskonzern eingeleitet. Heute mittag trat die Werksleitung mit einer Kommission der Arbeiter zu Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zusammen. Die Situation ist äußerst gespannt.

TU **Weimar,** 25. Juli. Wie hier verlautet, sind die Verhandlungen in Paris, die zwischen Deutschland und der Entente über die Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages geführt werden, auf große Schwierigkeiten gestoßen. Es steht fest, daß französischerseits die Forderung gestellt wurde, Deutschland solle unverzüglich ein geradezu ungeheuerliches Quantum Kohlen sofort an die Entente abführen. Der Vorsitzende der deutschen Kommission wies darauf hin, daß es einfach undenkbar sei, diese Forderung zu erfüllen.

TU **Köln,** 25. Juli. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat die Entente bei den in Versailles geführten wirtschaftlichen Verhandlungen ihre Zustimmung dazu gegeben, die alte Zollgrenze in der Rheinprovinz wieder herzustellen.

Aufhebung der Devisen-Ordnung.

Berlin. Die grundsätzlich in Aussicht genommene Aufhebung der Devisenordnung wird noch einige Zeit hinausgeschoben wegen der notwendigen Kontrolle der Geldausfuhr.

Nicht einschüchtern lassen!

Berlin. Linksrheinische Geschäftsleute werden zum Verkauf ihrer Geschäftshäuser vielfach mit der Drohung aufgefordert, daß eventuell ihr Eigentum mit Beschlag belegt werden könnte. Dies ist aber, worauf von zuständiger Seite hingewiesen wird, unmöglich. Man lasse sich also nicht einschüchtern.

Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung?

Weimar. Innerhalb der Demokratischen Partei nehmen die Bestrebungen an Stärke zu, die darauf hinzielen, eine Vereinigung der Demokratischen Partei mit der Regierungspartei zur Bildung eines neuen Regierungsblockes herbeizuführen. Man steht auf dem Standpunkt, daß ein Kulturkampf an der Seite der rechtsstehenden Parteien eine schwere politische Krise für das ganze Reich heraufbeschwören würde, und daß die Fraktion diese Verantwortung nicht auf sich nehmen könne.

Räumung Luxemburgs durch die Amerikaner.

Frankfurt a. M. Die Amerikaner haben das luxemburgische Gebiet endgültig verlassen. Weil für diesen Fall mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, hat der Gemeinderat von Esch Militär zum Schutz der Escher Hüttenwerksanlagen erbeten. Zwei Kompagnien Franzosen liegt jetzt besonders der Schutz der Werke der Gelsenkirchener Hütten-A.-G. ob.

Aufhebung der türkischen Botschaften.

Wien. Wie man hört, wird die Wiener türkische Botschaft aufgelöst, ebenso diejenige in Berlin. **Erst wenn die Zukunft der Türkei durch den Friedensschluß klargestellt sei, dürften wieder diplomatische Vertretungen in Berlin und Wien erstehen.**

Die Differenzen mit Mexiko.

London. „Times" meldet aus Washington, daß die Kommission des Repräsentantenhauses, die die Lage in Mexiko untersucht, von dem amerikanischen Botschafter in Mexiko eine Liste von 217 Amerikanern erhalten hat, die seit dem Sturz des Präsidenten Diaz ermordet wurden. **Nur in einem Falle sei es möglich gewesen, Genugtuung zu erhalten.**

Opposition im amerikanischen Senat.

Washington. Die Opposition im amerikanischen Senat gegen die Ratifikation des Friedensvertrages wächst zusehends. Die Zahl der Senatoren, die sich verpflichtet haben, gegen den Friedensvertrag und den Völkerbundsvertrag zu stimmen, hat sich bereits auf 45 erhöht. Da 33 Stimmen hinreichend sind, um die Ratifikation zunichte zu machen, wird Wilsons Stellung eine äußerst schwierige sein. Die Republikaner haben Wilson bereits die Namen der der Opposition angehörenden Senatoren mitgeteilt.

Kampf gegen den Alkohol in Amerika.

Washington. Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch mit 387 gegen 100 Stimmen angenommen. Das Gesetz ist so weitgehend, daß man glaubt, es werde den Handel mit alkoholhaltigen Getränken vollständig unterdrücken. Die Vorlage geht jetzt an den Senat.

Verschiedene Meldungen.

Celle. Die hiesige Arbeiterschaft ist in den allgemeinen Ausstand getreten, um dadurch die Zurücknahme des vor vierzehn Tagen angekommenen Jägerbataillons Kirchheim zu erzwingen.

Bern. Die aus Parlamentariern und Wissenschaftlern zusammengesetzte Kommission des schweizerischen Bundesrates beschloß, mit 19 gegen 3 Stimmen, den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund zu empfehlen.

London. In Lancashire streiken 7500 Mann, in Nottinghamshire 20 000 Mann, in Monmouthshire 11 000 Mann. Die Industrie wird durch den Kohlenmangel sehr behindert.

Washington. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Friedensverträge mit Bulgarien und der Türkei unterzeichnen werden.

Amt Halver.

Speisefettverkauf.

Abgabe erfolgt am 28. und 29. ds. Mts. auf **grüne Warenkarte Nr. 78.**

nach folgendem Plane:

1—450	651—800	Konsumverein Halver Kronprinzenstraße
451—650		Konsumverein Halver Berlinerstraße
801—1200	1901—2190	Rob. Brockstieper, Halver.
2191—2400		Eugen Wellershaus, Halver
1621—1800		Konsumverein Oeckinghausen
1801—1900		Rudolf Johann, Carthausen
1201—1350		Konsumverein Oberbrügge.
1351—1620		Max Laisle, Oberbrügge.

b) Gemeinde Schalksmühle

1—400	Konsumverein Schalksmühle.
484—650	Ww. Osk. Czechan, Schalksmühle.

Jeder Bezugsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorgeschriebenen Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann.

Halver, den 22. Juli 1919. **Der Amtmann.**

Heitmanns Karussel
ist Sonntag in Schalksmühle
aufgestellt.

Einige tüchtige Maschinenhauer
suchen für dauernde Stellung sofort
Carl Falkenroth Söhne,
Schalksmühle.

M.-G.-V. „Arion" u. Damen-Chor Halver.
Die für heute angesetzte
Versammlung
findet nicht statt.
Der Vorstand.

Sämtliche
Zeitschriften und Bücher
liefert zu Verlegerpreisen die Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver

Montag, den 28. 7. Sendung Ferkel und Läuferschweine in großer Auswahl zu billigen Preisen bei

Carl Verfuß, Marienheide,
Fernsprecher Nönsahl 102.

Vermischtes.

Wind als Brennstoff. Ein sächsischer Ingenieur macht einen beachtenswerten Vorschlag: Kohle, Petroleum, Benzin, Spiritus sind in der jetzigen Zeit schwierig oder gar nicht zu beschaffen. Es fehlt uns an Heiz- und Leuchtstoffen. Die Kraft des Windes aber ist überall vorhanden und harrt der Ausnutzung. Treibt man durch den Windmotor eine Dynamomaschine an und leitet den erzeugten Strom ins Wasser, so entsteht aus dem Wasser Sauerstoffgas und Wasserstoffgas. Dieses Wasserstoffgas entwickelt bei der Verbrennung die größte Hitze und im Glühstrumpf das schönste Licht ohne eine Spur von Rauch und Ruß. Das Gas kann in Gasometern von windreichen auf windarme Zeiten aufgespeichert werden. Der Winter liefert viel Sturm, infolgedessen viel Brennstoff. Die Anlage kann für einzelne Grundstücke oder auch für Gemeinden ausgeführt werden. Auch kann das erzeugte Gas bestehenden Gasanstalten als Unterstützung zugeführt werden. Im ganzen Deutschen Reiche sollte uns jetzt der Wind als Kampfgenosse zur Seite stehen.

Das Schicksal der russischen Großfürsten. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, ist die russische Großfürstin-Witwe Paul, deren Gatte Ende Januar von den Bolschewisten in Petersburg ermordet wurde, nach England gereist. Ihr Sohn und die Großfürsten Sergius Michailowitsch und Konstantin Konstantinowitsch sowie die Großfürstin Elisabeth Feodorowna waren von den Bolschewisten in der Nähe von Jekaterinenburg gefangengehalten worden. Die Großfürstin hat die Nachricht erhalten, daß alle diese Personen gesteinigt worden sind. Vor ihrer Flucht aus Petersburg ließ ihr Maxim Gorki mitteilen, daß ihr Sohn am Leben sei. Ihre Antwort lautete: „Da Gorki mir dies sagen läßt, bin ich überzeugt, daß es unwahr ist, denn Gorki ist ein Lügner. Ich habe die Gewißheit, daß alle tot sind." Interessant ist die Nachricht, daß Lunacharski, der bolschewistische Kommissar für Literatur und Schulwesen, der Großfürstin große Summen geboten haben soll, wenn sie bei der bolschewistischen Regierung den Posten einer Kommissarin für Kunst annehmen würde.

Eine lustige Münchener Revolutionsidylle erzählt Björn Björnson, der in Deutschland lebende Sohn des vor einigen Jahren verstorbenen großen norwegischen Dichters Björnstjerne Björnson. Während der Räteherrschaft erschienen eines Tages bei einem alten Ehepaar in München mitten in der Nacht acht Revolutionäre, die, wie sich das so gehört, mit Revolver und Handgranaten ausgerüstet waren. Sie durchsuchten die ganze Wohnung, guckten in alle Schränke und warfen einen besonders liebevollen Blick in die Brieftasche. Das Geld lag aber schon auf dem Nachttisch und brauchte nur genommen zu werden. Der alte Herr gab es sofort dem nächststehenden Abgesandten, der bedrohlich mit seinem Revolver herumfuchtelte. Schweigend steckte der Revolutionsheld das Geld ein. Plötzlich aber sprach er die gewaltigen Worte: „Es muß mehr Geld da sein als diese fünf Mark!" Worauf ihn der alte Herr höflich darauf aufmerksam machte, daß er nicht einen, sondern acht Fünfmarkscheine eingesteckt habe. Das hatte der Vermögenseinzieher in der Eile gar nicht bemerkt. Er griff nochmals in die Brusttasche, zog das Geld heraus und begann zu zählen. Es waren wirklich acht Scheine. „Na ja", sagte er gemütlich, „dann is gut. Dann stimmt's!" Die andern Herrschaften forschten inzwischen nach Schmucksachen. Sie fanden aber nichts als eine kleine Armbanduhr. Die steckte ein junges Bürschlein in die Hosentasche. Dann wurden Schränke aufgerissen, Kisten umgestürzt, Kleider durchsucht. Aber die beiden alten Leutchen besaßen nicht viel, und auch der vorgehaltene Revolver konnte da nicht viel helfen. Also gab man sich mit dem spärlichen Ergebnis zufrieden. Bevor die grauslichen Revolutionäre aber sich entfernten, kam der Jüngling, der vorher die Armbanduhr in die Hosentasche gesteckt hatte, zu dem alten Herrn und sagte in fast bittendem Tone: „Bitt schön, Herr Doktor, könnten S' ma net a kleines Schachterl für die Uhr geben?" Und der höfliche Spartakist bekam nun auch noch sein „kleines Schachterl". So etwas kann aber nur in dem urfidelen München passieren!

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Heringe im freien Handel.** Die „Reichsfischeinfuhr-Gesellschaft" wird vom 1. August ab eingeführte Salzheringe an den Großhandel unter Preisbindung zuteilen lassen. Die Einfuhr selbst erfolgt bis auf weiteres durch die genannte Gesellschaft oder durch die „Salzheringsgesellschaft", eine Vereinigung von Importeuren.

* **Güterverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.** Durch die Aufhebung der Blockade ist nunmehr auch der Güterverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet frei. Verboten bleibt nach wie vor die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial; die Ausfuhr von Farbstoffen, Platina, Gold und Silber, gemünzt und in Barren, sowie fremdem Geld ist ohne Genehmigung des interalliierten Wirtschaftskomitees in Koblenz nicht gestattet. Aus diesem Grunde wird die Kontrolle der Postpakete mit aller Strenge durchgeführt werden. Kohlentransporte unterliegen auch weiterhin den bisherigen Bestimmungen. Der sonstige Güterverkehr ist keinerlei Beschränkungen unterworfen.

* **Wiederaufnahme der Postverbindung mit England und Amerika.** Das englische Postamt teilt mit, daß jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika werden jetzt in Deutschland gewöhnliche offene Briefe und Postkarten auf Gefahr des Absenders zur Beförderung angenommen.

* **Die Aufhebung der Grenzsperre nach Tschecho-Slowakien.** Auf eine Anfrage, wann die Grenzsperre nach Deutschland hin und umgekehrt von Deutschland nach Tschecho-Slowakien wieder aufgehoben werde, wurde an zuständiger tschecho-slowakischer Stelle geantwortet, die Prager Regierung verschließe sich nicht der Erkenntnis, daß die Drosselung des Grenzverkehrs eine Schädigung des wirtschaftlichen Verkehrs in den Grenzstädten bedeute, eine Erleichterung könne jedoch erst nach Ausgabe der neuen tschecho-slowakischen Banknoten in Aussicht gestellt werden, weil man befürchte, daß große Mengen falsch gestempelten Geldes nach Tschecho-Slowakien gebracht würden, wenn die Grenzen jetzt schon geöffnet würden. Vor zehn Wochen sei mit einem Abbau des jetzigen Zustandes nicht zu rechnen.

* **Teilweise Beschlagnahme des Herbstobstes.** Die Fettversorgung Deutschlands wird auch im nächsten Jahre noch unzureichend sein. Auch im Jahre 1920 ist daher mit einem starken Bedarf an zuckerhaltigen Brotaufstrichmitteln zu rechnen. Die für die großstädtischen und sonstigen dichtbevölkerten Bezirke Deutschlands erforderliche Marmelade muß deshalb sichergestellt werden. Um das zu erreichen, hat sich der Reichsernährungsminister entschließen müssen, einen Teil der Herbstobsternte zu erfassen, der der Marmeladenindustrie zufließen soll.

* **Auswanderungsaussichten für Argentinien.** Aus unseren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen erklärt sich, daß in den nächsten Jahren mit einer starken Auswanderung gerechnet werden muß. Es interessiert daher, zu erfahren, wie die Betätigungs- und Erwerbsmöglichkeiten in den einzelnen in Betracht kommenden Ländern sind. Das Reichsauswanderungsamt ist nun der Ansicht, daß in Argentinien sich für Landwirte und gelernte Facharbeiter gute Erwerbsmöglichkeiten bieten, für Kaufleute und akademische Berufe die Verhältnisse aber sehr schlecht seien. Besonders seien die Auswanderungslustigen vor der Ausbeutung durch nichtamtliche Helfer dringend zu warnen. Der deutsch-argentinische Zentralverband hat eine Kommission nach Argentinien entsandt, um mit den dortigen Behörden Beziehungen anzuknüpfen. Es handelt sich um den Erwerb von Besiedlungsland, das von der argentinischen Regierung in reichlichem Umfange zur Verfügung gestellt wird. Die Ansiedlung in geschlossenen Kolonien will die Regierung begünstigen. Bei den Einreisebestimmungen wird besonders große Vorsicht gegen das Eindringen von Spartakisten, Kommunisten, Bolschewisten usw. geübt werden.

* **Schuhwaren bleiben bedarfsscheinpflichtig.** Die Verhältnisse auf dem Schuhmarkt gestatten die Aufhebung der Bedarfsscheinpflicht noch nicht, da hierdurch die Versorgung, insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung mit preiswertem Straßenschuhwerk gefährdet würde. Zudem ist die vielfach verbreitete Ansicht, daß nach Aufhebung der Blockade auch die Schuhwarenpreise sinken würden, irrig. Die Einfuhr aus dem Auslande wird zwar in absehbarer Zeit die Schuhnot lindern; bei den hohen Auslandspreisen und dem ungünstigen Kursstand der deutschen Mark kann jedoch das aus ausländischem Leder in Deutschland hergestellte, ebenso wie das aus dem Ausland eingeführte Schuhwerk nur zu erheblich gesteigerten Preisen im Inland verkauft werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Im Prozeß wegen der Ermordung Neurings, des ehemaligen sächsischen Kriegsministers,** ergab die weitere Zeugenvernehmung zahlreiche Beweise für die „Brutalität, mit der bei der Tötung Neurings vorgegangen wurde. Während der Verhandlung bekommt der Angeklagte Thamm, der im Kriege ein Bein verloren hat, einen Weinkrampf und muß hinausgebracht werden. Das Verhalten der Angeklagten veranlaßt den Vorsitzenden zu scharfen Worten: „Ich ersuche Sie ernsthaft, Ihr Verhalten zu ändern. Der eine will hier frühstücken, der andere seine Braut empfangen und der dritte Witzblätter lesen. Wenn es nicht anders wird, ist meine Geduld zu Ende. Seien Sie sich des Ernstes der Situation durchaus bewußt."

Schriftleitung Wilhelm Bell. Halver

Einige
Bankarbeiter
für sofort gesucht.
Dresbach & Co.
Halver.

Mehrere tüchtige
Aluminium-Besteckschleifer
gegen höchsten Lohn per sofort gesucht.
Degenhardt & Sippel,
Halver i. W.

Sämtliche
Bürsten-Waren
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
usw. usw.
empfiehlt
Wilhelm Bell jr.,
Halver.

Neu! Neu!
Haarschleifenhalter
(verl. d. Haarschleifen unmöglich)
zu haben bei
Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Viehsalz
stets auf Lager vorrätig.
Füllsäcke sind mitzubringen
C. Zimmermann, Obl-Rönsahl.

Verordnung.

Frühkartoffeln eigener Ernten.

Auf Grund der §§ 12, 15, 17 der Bundesratsverordnung betreffend die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. Sep. — 4. Nov. 1915 wird mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg für den Umfang des Kreises Altena folgendes geordnet:

Die im Kreise gewachsenen Frühkartoffeln werden für die öffentliche Bewirtschaftung hiermit in Anspruch genommen. Als Frühkartoffeln gelten alle Kartoffeln, die bis zum 15. Sep. d. Js. geerntet werden. Dem Erzeuger werden nur die Frühkartoffeln belassen, die er zu seinem eigenen Bedarf, d. h. in seiner Wirtschaft als Speisekartoffeln sowie als Saatkartoffeln gebraucht. Abgabe der Frühkartoffeln, die hiernach von dem Erzeuger in Anspruch genommen werden können, an andere Haushaltungen oder eine Ausfuhr dieser Kartoffelmenge ist verboten.

Die über den eigenen Bedarf hinaus geernteten Frühkartoffeln sind dem nach der Belegenheit der Erntefläche zuständigen Bürgermeister oder Amtmann zur Verfügung zu stellen.

Jeder Erzeuger hat die Menge der Frühkartoffeln, die er jeweils aberntet, spätestens am 3. Tage nach der Ernte dem Bürgermeister oder Amtmann anzuzeigen, in dessen Amtsbezirks sie gewachsen sind.. Er hat dabei seinen eigenen Bedarf anzumelden. Dieser Bedarf wird nachgeprüft werden und es wird danach die in Anspruch zu nehmende Menge bestimmt, auch angeordnet werden, wann und wohin sie abzuliefern sind.

Für die in Anspruch genommenen Vorräte wird ein unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie der Güte und Verwendbarkeit der Vorräte zu vereinbarender Uebernahmepreis gezahlt. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird über den Preis im Enteignungsverfahren entschieden.

Altena, den 16. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Thomée Landrat.

Amt Kierspe.
Bekanntmachung.

Aus dem Gefangenenlager Senne bei Paderborn haben sich etwa 100 russische Kriegs-Gefangene eigenmächtig und ohne Wissen der Lagerkommandanten entfernt.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß solche Gefangene bei den Landwirten oder sonstigen Betrieben des hiesigen Bezirks Arbeitsgelegenheit und Unterkunft suchen, ist, wenn derartige Gefangene bei den Landwirten oder sonstigen Betrieben vorstellig werden sollten, sofort dem Amt Kierspe, Zimmer 2 telefonisch Mitteilung zu machen.

Kierspe, den 22. Juli 1919.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Butterbrotpapier
in Rollen empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Der gemischte Chor Liederkranz
Anschlag
veranstaltet am Sonntag, den 27. Juli,
im Vereinslokal Ludwig Bürger, Anschlag
Konzert
mit anschließendem Tanz.
Beginn 5 Uhr nachmittags.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Cigaretten-Etuis
in schöner Auswahl
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Der „Allgemeiner Anzeiger" kann bei allen Postanstalten auf jeden einzelnen beliebigen Monat abonniert werden.

Der Bezugspreis beträgt für Postbezieher ohne Bestellgeld Mk. 1,50 für den Monat.

Verlag des
Allgemeinen Anzeigers
Halver i. Westf.

Katholische Gemeinde Halver.
Sonntag, den 27. Juli 1919.
½8 Uhr: Frühmesse
10 Uhr: Hochamt
2 Uhr: Andacht.

Blaukreuzverein Halver.
Cölnerstraße 8.
Sonntag, den 27. Juli:
Nachm. 2¼ Uhr:
Ausflug.
Abends 9 Uhr: Bibelstunde.
Mittwoch abends 9 Uhr Bibelbesprechung und Gebetstunde.

Evangel. Vereinshaus Halver
Sonntag, den 27. Juli 1919
Nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule.
Ausflug.
Donnerstag abend 8¾ Uhr: Bibelbesprechung und Gebetstunde
Samstag abend 8¾ Uhr: Allianz-Gebetstunde.

10—20 Tonnen
Rundeisen
in Stärke von 15—22 mm u.
„ „ „ 70—100 „
hat billigst abzugeben
Peter Grüber Brügge i. W.

Ia Rauchtabak
reinen Schnittabak
billigst.
E. Kranefeld,
Schmalenbach b Halver.
Tel.-Anruf unt. Nr. 28 o. 108

Ia Aufnehmer
sind wieder vorrätig.
Preis Mk. 2,40
Wilh. Bell jr., Halver.

Brennstoffe
für Feuerzeuge
rußfrei
empfiehlt
Fritz Herm. Bohmer,
Schalksmühle.